

Parlamentswahlen in Senegal

Sozialisten gewinnen wieder die absolute Mehrheit

Die Wahlen zur senegalesischen Nationalversammlung vom Mai 1998 bestätigten eindrucksvoll die Rolle dieses Landes als demokratischen Stabilitätsfaktors in Westafrika. Auch wenn nach fast vierzigjähriger Herrschaft der Parti Socialiste (PS) – wie erwartet – wieder die absolute Mehrheit im Parlament erringen konnte, fanden diese Wahlen – im afrikanischen Kontext – unter geordneten und demokratischen Bedingungen statt. Der Reformkurs im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme wird auch unter dem neuen Premierminister Loum fortgesetzt. Die internationalen Geber hatten schon zu Beginn dieses Wahljahres positiv auf die Stabilität Senegals und den Reformwillen der Regierung reagiert.

Eine der ältesten Demokratien Afrikas, die Republik Senegal, rief zum Ende der fünfjährigen Legislaturperiode auch 1998 wieder ihre Bürger auf, ein neues Parlament zu wählen. Der seit 1960 regierende Parti Socialiste (PS) hat – wie von den meisten in- und ausländischen Beobachtern erwartet – bei den Wahlen zur Nationalversammlung Senegals wieder den Wahlsieg davongetragen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit Wahltermin und Wahlbeobachtungskommission, anschließenden Schüler- und Studentenunruhen und der aufsehenerregenden (Ab-) Spaltung der alles dominierenden Sozialistischen Partei durch ihren ehemaligen Minister Ka fanden die Parlamentswahlen weitgehend unter geordneten und ruhigen Umständen statt, wenn auch nicht ohne die erwarteten Unregelmäßigkeiten.

Nach der Wahl vom 24. Mai 1998 kann sich der PS zwar noch auf eine komfortable Mandatsmehrheit in der Nationalversammlung stützen, aber nicht mehr auf eine klare Stimmenmehrheit bei den Wählern. Die im Frühjahr vorgenommene Erhöhung der Abgeordnetenmandate um 20 Sitze und die Änderung des Wahlrechts zugunsten des Mehrheits- und zuungunsten des Verhältniswahlrechts führten immerhin dazu, daß der Parti Socialiste – trotz des Aufschwungs der Oppositionsparteien – mit noch 50,19 Prozent der abgegebenen Stimmen weiterhin die dominierende Partei bleibt. Das Wahlrecht begünstigt die stärkste Partei. Somit entfallen auf den PS 93 von 140 Sitzen in der Nationalversammlung. Die vierten seit 1983 abgehaltenen Parlamentswahlen auf nationaler Ebene unter der Präsidentschaft Abdou Dioufs verzeichneten mit 38,8 Prozent eine relativ hohe Wahlbeteiligung.

Ein Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen im Mai 1993 zeigt: Rund 65 Prozent der Mandate erhielt der PS auch damals; auch damals mit Unterstützung des Staatsapparates in der Wahlkampagne.

Der Gefahr des Machtverlusts – insbesondere angesichts der Abspaltung der neuen Partei URD unter dem ehemaligen PS-Innenminister Djibo Ka – begegnet die PS wieder mit Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen zu ihren Gunsten. Diese PS-Abspaltung namens „Renouveau“ konnte sich dennoch auf Anhieb als zweitstärkste Oppositionspartei (elf Sitze) hinter der seit langem mächtigsten Oppositionspartei, der PDS (23 Sitze), etablieren und die

ehemals große Hoffnung der demokratischen Reformkräfte im Lande, die Partei And Jef von Landing Savane (nur noch vier Sitze), verdrängen.

Parteien in der Nationalversammlung

PS (Parti Socialiste), PDS (Parti Démocratique Sénégalais), Renouveau/URD (Union Pour Le Renouveau Démocratique), AJ (And Jef), LD/MPT (Ligue Démocratique/Mouvement Pour Le Travail), CDG (Convention Des Démocrates. Garabgi), FSD (Front Sénégalais Pour La Démocratie), PIT (Parti Pour L'Indépendance Et Le Travail), RND (Rassemblement National Démocratique), BCG (Bloc Des Centristes Gainde), PDS/R (Parti Démocratique Sénégalais/ Renovation)

Sitzverteilung (140 Sitze) in der Nationalversammlung		Stimmen
PS	93	612 559
PDS	23	233 287
Renouveau (URD)	11	161 320
And Jef	4	60 673
LD/MPT	3	48 097
CDG	1	24 405
FSD	1	16 282
PIT	1	10 764
RND	1	8 171
BCG	1	7 468
PDS/R	1	12 928
Gesamt	122	1 220 429
Eingeschriebene Wähler		3 180 857
Wahlbeteiligung		38,80 Prozent

Die nicht unerwarteten zahlreichen, während und nach den Wahlen beobachteten Unregelmäßigkeiten – z.B. waren verschiedene Protokolle mit den Auszählungsergebnissen in mehreren Orten fünf Tage nach der Wahl immer noch nicht eingegangen – hatten zu einer deutlichen Verzögerung bei der Bekanntgabe des Wahlergebnisses geführt. Zwar verliefen die Parlamentswahlen nicht so chaotisch wie die Kommunalwahlen im November 1996 und die früheren Parlamentswahlen in den Jahren 1988 und 1993, dennoch waren die Durchführung der Wahl und die Stimmenauszählung teilweise höchst unbefriedigend. Schwere Vorwürfe der Oppositionsparteien richteten sich gegen die senegalesischen Behörden, die nicht für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen gesorgt hätten: Schon im Vorfeld der Wahlen wurden Blanko-Personalausweise erwähnt, ebenso kritisiert wurde die massive Ausstellung von „Konformitätsbescheinigungen“, die Abweichungen zwischen Personalausweis und Wahlkarte bestätigten.

Bereits am Wahlabend wurden fortlaufend die ersten Auszählungsergebnisse der Wahlkommissionen aus allen Regionen via Radio veröffentlicht. Erstaunen riefen deshalb die enormen Verzögerungen bei der Übermittlung der Urnenauszählungen einiger Wahlkreise hervor. Spätestens am dritten Tag nach der Stimmabgabe hätten die kompletten Ergebnisse vorliegen müssen. Im Wahlkreis der Stadt Thies hingegen lagen nicht zu wenige, sondern zu viele Stimmen vor – ca. 10 000 Wählerstimmen wurden im Vergleich zu den Wahlregistern zuviel abgegeben (bei 74 000 abgegebenen Stimmen!).

Daß die nationale Wahlkommission ONEL (Observatoire National Des Élections Législatives) zusammen mit dem Berufungsgerichtshof Probleme hatte, die provisorischen Ergebnisse fristgerecht zu verkünden, rief bei den nationalen Wahlbeobachtern und ausländischen Beobachtern eine gewisse Skepsis hervor. Wurden Wahlergebnisse in einigen Schlüsselzonen (wie in Thiès, Tivaouane, Bignona und Matam) gefälscht? Und wie

glaubwürdig waren die veröffentlichten vorläufigen Zahlen? Alle Kritiken und Vorwürfe der Oppositionsparteien wurden im Verfassungs-rat behandelt, der alle Einsprüche abschließend negativ beschied.

Schon zwei Tage nach den Parlamentswahlen vom 24. Mai 1998 zeichneten sich erste Trends ab. Allgemein war die Stimmung nach den Wahlen relativ ruhig, der Innenminister, General a. D. Lamine Cissé, und der Präsident des Wahlbeobachtungsamtes ONEL, General a. D. Mamadou Niang, zeigten sich zufrieden über den Verlauf der Wahlen. Zwar waren nach Auffassung der beiden Generale einige Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen (gefälschte Personalausweise und Wahlkarten, verspätet geöffnete Wahllokale und teilweise verspätete Lieferung der Wahl-zettel von einigen Parteien), jedoch war die Organisation der Wahlen (man erinnerte sich noch gut an die Kommu-nalwahlen von 1996) befriedigend bis gut und wurde nur wenig kritisiert.

Der schillernde Oppositionspolitiker Abdoulaye Wade, Chef des liberalen Parti Démocratique Sénégalais, forderte jedoch sogleich in einem Rundfunkinterview die Annullierung der Wahlergebnisse wegen massiver Betrugsmanö-ver des Parti Socialiste. Auch der frühere Innen- und Staatsminister und ehemalige PS-Vorstand, Djibo Ka, der Führer der PS-Abspaltung Renouveau Démocratique, warf der Verwaltung auf Départementebene die Fälschung von Wahlergebnissen vor.

Die inoffiziellen Wahlergebnisse, die seit dem Wahlabend fortlaufend in Funk, Fernsehen und Zeitungen veröffentlicht wurden, bestätigten den erwarteten Sieg des Parti Socialiste in den meisten Wahlkreisen. Durch die sukzessive Bekanntgabe inoffizieller Resultate wurde sehr geschickt die angespannte Atmosphäre entschärft. Der PDS von Maître Wade konnte erwartungsgemäß die größte Dakarer Vorstadt Pikine gewinnen. Der PDS überraschte manche Beobachter durch ihren hohen Sieg in der religiösen Hauptstadt der Mouridenbruderschaft, Touba. Die intensiven Kontakte des PDS-Führers und Mouriden Wade mit den bedeutendsten Mouridenmarabouts, den auto-ritären religiösen Führern, scheinen für den PDS erfolgreich gewesen zu sein.

In diesem Wahlkampf sorgte Djibo Kas Renouveau Démocratique für eine weitere Überraschung, indem er das Département Lingère für sich einnehmen konnte. In den nördlichen Wahlkreisen am Senegalfluß konnte der Renouveau zwar nicht gewinnen, aber beachtliche Ergebnisse erzielen. Diese Partei, die erst wenige Monate alt ist und derzeit noch mehr die Charakteristika einer politischen Bewegung aufweist, hat hier mehr als nur einen Achtungs-erfolg erringen können.

Diese Wahl hat die 'ewige' Regierungspartei PS noch einmal bestätigt und die Kräfteverteilung innerhalb der Opposition klar verschoben. Bei der Opposition sind durch den erfahrenen Ex-PS-Minister Ka die Karten neu gemischt worden. Dessen Aufstieg hat der PS mit aller Macht erfolglos zu verhindern versucht.

Die augenblickliche politische Situation Senegals wird von drei Kräften bestimmt: PS, PDS und Renouveau. Die bislang im Parlament vertretenen kleinen Oppositionsparteien haben zum größten Teil enttäuschende Ergebnisse hinnehmen müssen. Die lange Zeit als künftige politische Kraft gehandelte Partei And Jef (AJ) von Landing Sava-né zählt zu den großen Verlierern dieser Wahl. Allein in den südlichen Regionen konnte AJ gute Ergebnisse erzielen, allerdings auch hier keinen Wahlkreis gewinnen.

Das Wahljahr begann mit einer überraschenden Kabinettsumbildung – Finanzminister und Innenminister sollten PS-Wahlsieg sichern helfen

Die PS-Regierung unter Premierminister Thiam zeigte sich zu Beginn des Jahres 1998 entschlossen und setzte bei den Parlamentswahlen am 24. Mai wieder auf Sieg. Mit der Auswechselung des Finanzministers und des Innenministers wurden zwei für den Wahlsieg und einen geordneten Wahlablauf entscheidende Ressorts rechtzeitig vor der heißen Wahlkampfphase auf Parteilinie gebracht.

Nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen um den ehemaligen Innenminister Djibo Ka und einer spür-bar gestiegenen Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Regierung und dem PS schien dieses *Revirement* aus Regierungssicht durchaus geeignet zu sein, die Erfolgchancen bei der Wahl zu verbessern.

Der ehemalige General Cissé sollte als neuer Innenminister einen geordneten Wahlablauf sichern helfen, um die formalen Kriterien einer ordnungsgemäß durchgeführten, nicht anfechtbaren Wahl – insbesondere auch vor dem Ausland – zu garantieren.

General a. D. Lamine Cissé ist bekannt für seine Integrität, aber auch ‘bewährt’ als Armeeführer im Anti-Rebellen-kampf in der Casamance. Lamine Cissé leitete vom Frühjahr 1997 bis zum Jahresende die Großoffensive der sene-galesischen Armee gegen die Unabhängigkeitskämpfer im Süden des Landes: Ein Kampf, der in den letzten Mona-ten Hunderte an zivilen Opfern und das Leben mehrerer Dutzend Soldaten gefordert hat. Durch die in sich zer-splitterte Rebellenbewegung (Front Sud, Front Nord und zahlreiche Kleinstbewegungen) war und ist dieser Kampf langwierig und extrem schwierig, jedoch konnte Cissé gewisse Erfolge erzielen. Diese Erfolge wurden durch den Einmarsch senegalesischer Truppen in Guinea Bissau im Juni, wenige Wochen nach den friedlich verlaufenen Parlamentswahlen, konterkariert.

Unumstritten verkörperte Cissé eine größere Transparenz bei der Wahlvorbereitung und Wahldurchführung, sogar die Oppositionsparteien zeigten sich zeitweilig optimistisch, was die organisatorischen Aspekte der Wahlen betraf.

Der neu ernannte Minister für Finanzen, Wirtschaft und Plan, Loum, mittlerweile amtierender Premierminister, ersetzte Anfang des Jahres als PS-Politiker den parteilosen Sakho, der sich zuvor den Wünschen von PM Thiam widersetzt hatte, die knapp 100 Millionen DM Einnahmen aus dem Verkauf der Fischfangrechte an die EU in die Staatskasse zur Wahlkampffinanzierung zu leiten.

Cissés Amtsvorgänger Sow sah sich bei den Regionalwahlen 1996 nicht in der Lage, einen geordneten Wahlablauf durchzuführen – trotz hohen persönlichen Einsatzes. Mit dieser Kabinettsumbildung erfolgte die längst erwartete Ablösung des heftig umstrittenen Innenministers Abdourahmane Sow. Sow wurde vorgeworfen, einer der Haupt-verantwortlichen des Wahlchaos der Regionalwahlen im Oktober 1996 gewesen zu sein oder zumindest das Chaos nicht unterbunden zu haben. Sow wechselte im Rahmen dieser Regierungsumbildung in das Ressort Städtebau.

Ohne eine unabhängige Wahlkommission und ohne ausländische Wahlbeobachter wollten PS und Präsident Abdou Diouf den Ruf Senegals als „Demokratie“ wahren und gleichzeitig der Opposition keine allzu großen Angriffsflächen bei organisatorischen Unzulänglichkeiten bzw. Unregelmäßigkeiten bieten. Diese Strategie ging auf.

Sakho – der große Wirtschaftssanierer Senegals – ging, und er ging auf eigenen Wunsch. Viel hat er erreicht: Er hat den Staatshaushalt stabilisiert, die Inflation von 37 Prozent (nach der CFA-Abwertung 1994) auf – offizielle – 2,7 Prozent (1997) zurückgeschraubt, die größten Staatsgesellschaften privatisiert (Telefon- und Wassergesellschaft u. a.) und den Beamtenapparat teilweise „abgespeckt“.

Während 1993 kein Geldgeber mehr bereit war, nur noch einen Dollar zu geben, um die immer größer werdenden Löcher im senegalesischen Budget zu stopfen, war die Bereitschaft der ausländischen Investoren und externen Geldgeber, sich zu engagieren, seit der Sakho-Ära wieder in zunehmendem Maße vorhanden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Abwertung des Franc CFA in den Folgejahren makroökonomische Verbesserungen wie – quasi mechanische – Wachstumskurven schon mit einer gewissen Automatik bewirkt hatte.

Fünf Jahre als parteiloser Wirtschafts- und Finanzminister haben aber Sakhos Kompromißbereitschaft bis an die Grenze und darüber hinaus gefordert, ohne den entsprechenden Rückhalt von Parteigenossen. Als hart umstrittener und stark angefochtener Einzelkämpfer mußte er schließlich aufgeben. Als Musterschüler der Weltbank und des WMF hat er makroökonomisch Erfolge erzielt, die senegalesische Bevölkerung konnte er jedoch nicht aus dem Teufelskreis der Verarmung herausführen. Massenarbeitslosigkeit, Abhängigkeit von teuren Grundnahrungsmitteln, gestiegene Kriminalität – so könnte man die weiterhin aktuellen Probleme der senegalesischen Bevölkerung charakterisieren.

Den Ausschlag für seinen Rückzug gaben jedoch die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen mit dem Premierminister der alten Regierung, Habib Thiam, der in beinahe allen Fragen andere Positionen vertrat und sie teilweise auch gegen Sakho durchsetzte.

Hauptgrund war wohl das Tauziehen um die 32 Milliarden FCFA, die dem senegalesischen Staat aus dem Fischereiabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft zugefallen waren. Während Sakho die Hälfte dieser Summe dem 'Trésor Public', die andere Hälfte der senegalesischen Fischereiwirtschaft als Förderfonds zuteilen wollte, bestand Thiam darauf, diese Summe vom Premierministeramt (Primature) als Sonderfonds verwalten zu lassen. Nach Sakhos Rücktritt kann über ihre Verwendung nur spekuliert werden. Die Spekulationen gehen in Richtung Wahlkampffinanzierung der 'Staatspartei' PS.

Ein weiterer Streitpunkt war die industrielle Freihandelszone in Dakar. Die ihr gewährte Zollfreiheit sollte am 1. Januar 1999 auslaufen. Premierminister Thiam hingegen wollte eine Verlängerung des privilegierten Status bis zum Jahre 2016 durchsetzen. Diese 'Reform' setzte er dann auch im Alleingang durch. In seiner Neujahrsbotschaft an die senegalesischen Industriellen verkündete Thiam, er habe die Zollfreiheit bis 2016 verlängert. Sakho erfuhr diese Neuigkeit im Fernsehen. Aber auch hier stellt sich die Frage: Cui bono? Auch über diesen Hintergrund und die Begünstigten dieser ordnungspolitischen Blitzaktion kann man nur Vermutungen anstellen.

Der Konflikt zwischen Wirtschafts- und Premierminister wirkte sich zunehmend auch negativ auf die Beziehungen Sakhos zur Weltbank aus, bei der die relative Unabhängigkeit, die Integrität und Kompetenz Sakhos geschätzt worden war.

Die Privatisierung einer der letzten großen Staatsgesellschaften, der Senelec (Elektrizitätswerke), wollte Sakho nach Weltbankkriterien realisieren, während Thiam ohne Wissen des Wirtschaftsministers den Gewerkschaften Versprechungen und Zugeständnisse machte, die den Anforderungen der Weltbank widersprachen und die Sanierungsbemühungen konterkarierten. Schließlich sah sich Sakho gezwungen, diese Versprechungen seines Premierministers 'einzuhalten', was für ihn eine Desavouierung seiner Zusammenarbeit mit der Weltbank bedeutete.

Neuer Wirtschafts-, Finanz- und Planungsminister wurde dann der jetzige Premierminister Mamadou Lamine Loum, PS, der zuvor in diesem Ressort zugeordneter Minister für Budgetfragen war und in dieser Funktion – mehr als Sakho selbst – für das operative Tagesgeschäft verantwortlich zeichnete.

Gewalt im Vorwahlkampf: Studentenunruhen in Dakar

Der Vorwahlkampf stand im Zeichen zunehmender Anspannung und Aggression. Die aufgeladene Atmosphäre entlud sich während der März-Studentenstreiks an der Universität Dakar mit Brandanschlägen und Straßenschlachten; das Studentenwerk der Universität Dakar ging am 18. März 1997 in Flammen auf.

Bei dieser Aktion und den sich daran anschließenden Straßenschlachten mit Polizei- und Antiterror-Spezialeinheiten wurden zahlreiche Studenten verletzt und vorläufig festgenommen. Unmittelbar danach rief die Studentenvereinigung zum unbefristeten Streik auf.

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen? Anlaß war die Besetzung des Universitätsgeländes durch Antiterror-Einheiten an dem Tag (18. März), an dem die Studentengewerkschaft zu einer Vollversammlung aufgerufen hatte. Die Lage eskalierte, als die aufgebrachtten Studenten die Absperrungen der Sicherheitskräfte durchbrachen und randalierend zum Gebäude des Studentenwerks zogen.

Worin lagen die Ursachen für diesen Gewaltausbruch? Die studentische Krise in Senegal gleicht denen der Nachbarländer. Die Wurzeln liegen überall im sozialen Bereich (die Strukturanpassungspläne und andere Maßnahmen schränken die Universitätsbudgets und Studentenzahlen immer mehr ein) und in der Frage nach dem grundsätzlichen Sinn des Universitätsstudiums.

Wenn das Erreichen des Abiturs oft schon als ein Privileg betrachtet wird – bei einer Analphabetenrate von knapp 70 Prozent –, gilt das Universitätsstudium eigentlich schon als ‘la crème’. Aber auch als Hochschulabsolvent ist man nach Abgang von der Universität fast chancenlos bei der Suche, einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden. Die Frustration in Studentenkreisen hat nie gekannte Ausmaße erreicht: Erfolgsdruck, Zukunftsangst und vor allem Realitätsangst prägen den studentischen Alltag.

Der völlig überdimensionierte öffentliche Dienst bleibt den Akademikern – auch aufgrund der Strukturanpassungsmaßnahmen – versperrt. Das Resultat: Eine Arbeitslosenquote von rund 80 Prozent unter den Hochschulabsolventen. Eine Entwicklung, die für die Zukunft und die Stabilität des Landes möglicherweise ein nicht zu unterschätzendes Krisenpotential in sich birgt.

Die Studentenstreiks haben lange Tradition in Senegal. Häufig werden sie als Zeichen der Politisierung gewertet – ein nicht ganz von der Hand zu weisendes Argument. 1987 begann – nach einer 20-jährigen Pause – eine Serie von regelmäßig wiederkehrenden Studentenunruhen in Senegal, die in dem Jahr sogar ein Todesopfer unter den Studenten forderten. Diese Unruhen im Januar 1987 hatten ebenfalls soziale Ursachen – eine viermonatige Verspätung der Stipendienauszahlungen. Politische Motive waren sicher der Auslöser des Streiks von Studenten, Lehrern und Schülern im Wahljahr 1988, das letztendlich zum „Année Blanche“, zum ungültigen Schuljahr, erklärt wurde: der desaströse Wahlkampf, der ‘automatische’ Wahlsieg des seit 1960 regierenden Parti Socialiste, die Studentenunruhen. Eine ähnliche Entwicklung wurde auch für das Wahljahr 1998 befürchtet, nachdem sich schon 1997 die Situation im Bildungssektor und im Umfeld der Regional- und Kommunalwahlen von 1996 wieder verschärft hatte.

Auch in 1997 Jahr könnten politische Motive mitgespielt haben: Die in einem ‘gemäßigten Chaos’ verlaufenen Regional- und Kommunalwahlen Ende 1996 und der ‘obligatorische’ Wahlsieg der Parti Socialiste in der Mehrzahl der Landkreise und Kommunen haben sicher zur Frustration der Studenten beigetragen, aber in diesem Falle war ohnehin ein großer Teil der Bevölkerung enttäuscht. Eine Atmosphäre der Resignation und – neu in Senegal – der Aggression entstand, die sich im Wahljahr 1998 weiter auflud.

In den ersten Monaten des Jahres 1998 liefen sehr kontroverse Verhandlungen zwischen der senegalesischen Regierung und Vertretern von 19 Oppositionsparteien (drei davon im Parlament) mit dem Ziel, in Zukunft den Wahlprozeß in Senegal transparenter und klarer zu gestalten. Der Vorschlag der „19“, bei den Wahlen eine unabhängige Wahlkommission (wie z.B. in Mali) einzusetzen, wurde von dem regierenden PS als völlig unnötig zurückgewiesen – auch ein Beitrag zur Verschärfung der Lage an den Universitäten Dakar und St. Louis.

Vieles spricht dafür, daß ein Teil der Studenten ‘politisiert’ war und ist. Hauptursache und damit der eigentliche Auslöser ist die schlechte soziale und auch pädagogische Situation (z.B. 3000 Studenten pro Hörsaal, kein Zugang zu gutem Lehrmaterial etc.). Der Verdacht drängte sich auf, daß die politische Führung in Senegal diese Lage in Wahlkampfzeiten bewußt eskalieren ließ, um den Zusammenschluß der Oppositionsparteien zu diskreditieren: ein weiterer Schritt auf dem seit Jahrzehnten erfolgreich begangenen Weg der PS-Machtausübung.

Straßenkämpfe vor den Parlamentswahlen

Die Streiks an den Universitäten in Dakar und St. Louis eskalierten dann knapp zwei Wochen vor den Wahlen zur Nationalversammlung (24.5.1998). Die Sicherheitskräfte räumten die Barrikaden und setzen neben Tränengas teilweise scharfe Munition ein. Resultat: mehrere schwerstverletzte Studenten. Die Studenten und jugendliche Sympathisanten blockierten für Stunden das Zentrum von Dakar, errichteten Barrikaden und zündeten Behördenautos an.

Die Stimmung heizte sich weiter auf. Angestellte des öffentlichen Dienstes (Verkehrsbetriebe, Telefongesellschaft, Justiz etc.) streikten, Teile des Militärs zeigten sich öffentlich sehr besorgt über ausstehende Prämien für die blutigen, teils bürgerkriegsartigen Casamance-Einsätze, der regierende PS sah sich zu diesem Zeitpunkt schon ebenso als Sieger wie der (nach ihrem eher unglaublichen Regierungsaustritt kurz vor der Wahl) mittlerweile wieder oppositionelle PDS, dessen Potential zur Mobilisierung der Straße als sehr hoch

eingeschätzt wird. PDS-Chef Wade drohte mit der Übernahme der „Herrschaft der Straße“ durch seine Anhänger. Das Innenministerium warnte schon im Vorfeld für die Wochen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses, Wohnhaus und Büro nicht zu verlassen, falls nicht unbedingt erforderlich. Diese Einschätzung deckte sich mit der in der Bevölkerung vorherrschenden Beurteilung der Lage.

Frühjahr 1998: Bewegung in der senegalesischen Innen- und Außenpolitik

In den letzten Monaten und Wochen vor den Wahlen überstürzten sich die Ereignisse: Präsident Clinton besuchte Ende März Senegal, multi- und bilaterale Geber sagten Senegal zwei Mrd. US-Dollar bis zum Jahre 2000 zu, Oppositions- und (gleichzeitig!) Koalitionspolitiker Wade trat aus der Regierung aus, in Ostsenegal wurde der Hunger offiziell erklärt, in Nordsenegal sprach man von einer rebellenartigen kriminellen Bewegung, in Südsenegal (Sépa-ratistenregion Casamance) wurde die politisch-militärische Lage immer unübersichtlicher und der blutige Klein-krieg weitete sich aus, Studenten in Dakar und Saint Louis streikten und verbrannten Autos – und viele Beobachter befürchteten ernsthafte Unruhen nach Verkündung der Wahlergebnisse Ende Mai/Anfang Juni. Denn der Sieg des seit beinahe 40 Jahren regierenden Parti Socialiste schien gewissermaßen vorhersehbar.

Nachdem 1997 Hillary Clinton den Senegal besucht hatte, führte die erste Afrikareise eines amerikanischen Präsidenten nach Jimmy Carter (1978) Bill Clinton unter anderem auch nach Senegal, wo Wochen vor dem Besuch die Vorbereitungen auf Hochtouren liefen. Die Bedeutung dieses Staatsbesuches ist nicht zu unterschätzen. Mit der Auswahl Senegals stellten die USA das Land in eine Reihe mit reformfreudigen afrikanischen Staaten und Welt-bank-Musterschülern wie Uganda und Ghana. Immerhin lassen die makroökonomischen Daten Senegal seit der Abwertung ebenfalls im positiveren Licht erscheinen, wenn auch ein erkennbarer wirtschaftlicher Aufschwung auf sich warten läßt.

Senegal gilt weiterhin als Pol politischer Stabilität in der westafrikanischen Region und spielte – bis zum Einmarsch in Guinea Bissau – verstärkt eine Rolle im Prozeß der Schaffung einer westafrikanischen Friedenssicherung, wie die Bedeutung der Drei-Länder-Manöver (Senegal, Mali und Mauretanien) von Guidimakha im März 1998 belegt, die durch die starke Präsenz insbesondere französischer und amerikanischer Streitkräfte unterstrichen wurde.

Wirtschaftliche Auswirkungen des Senegalbesuchs von Clinton, der immer wieder den Tenor *trade not aid* anklingen ließ, könnten sich durch eine verstärkte Investitionstätigkeit amerikanischer Firmen in Senegal zeigen. Bis dato sind die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder eher unbedeutend, abgesehen von einigen amerikanischen Gesellschaften, die in der Erdöl- und Erdgasförderung tätig sind.

Als ein weiteres Bekenntnis zum Senegal als stabilisierenden Faktor in der westafrikanischen Region kann die Entscheidung des Pariser Clubs im April in Paris interpretiert werden, die dem Land für die nächsten drei Jahre 2 Mrd. Dollar (1200 Mrd. Francs CFA) bringt. Diese Finanzhilfe ist die größte, die Senegal seit der Unabhängigkeit erhalten hat, und soll insbesondere als 'Investitionsfonds' zur Verstärkung der wirtschaftlichen Infrastruktur und der Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung eingesetzt werden (Produktionsförderung in Industrie und Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung). Das ehrgeizige Ziel lautet: Steigerung des Bruttosozialproduktes bis zum Jahre 2000 um mehr als 50 Prozent.

Abgesehen von einigen positiven Aufwärtsentwicklungen im makroökonomischen Bereich versinkt die senegalesische Bevölkerung jedoch immer weiter in Armut, die Arbeitslosigkeit ist auf über 50 Prozent gestiegen und die soziale Lage des Großteils der Bevölkerung verschlechtert sich kontinuierlich. In diesem Kontext sind einige soziale Entwicklungen zu sehen, die von verschiedenen Beobachtern als sehr beunruhigend betrachtet werden: Starkes Ansteigen der Kriminalität und vor allem der Gewaltverbrechen, großer Zulauf bei islamisch geprägten Gruppen, immer schwächere Alphabetisierungsraten, Sinken der Gewaltschwelle bei Studenten-/Schülerbewegung, Radikalisierung des politischen Kampfes in Wahlkampfzeiten.

Die parteipolitische Dynamik, die bei einer politisch eher apathisch-resignativen Bevölkerung bis kurz vor den Wahlen auf keine nennenswerte Resonanz stieß, begann mit dem Austritt des langjährigen PS-Politikers Djibo

Leyti Ka aus dem PS. Schon im Juni vergangenen Jahres veröffentlichte Ka, ehemaliger Staatssekretär unter Präsident Senghor, fünfmal Minister unter Staatschef Abdou Diouf (zuletzt Innen- und Staatsminister), das 'Manifeste du Renouveau', in dem er dem PS seine Vorschläge zur Erneuerung und Verbesserung innerhalb der Partei unterbreitete. Diouf ging nie auf dieses Manifest ein. Im Rahmen des 'Conseil National' des Parti Socialiste Mitte März 1998 mißbilligte Diouf jedoch die Initiative von Djibo Ka und seiner prominenten Mitstreiter und bekräftigte noch-mals seine Sympathie für Ousmane Tanor Dieng, den Staatsminister und Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten und Ersten Sekretär dem PS.

Nachdem Djibo Ka wiederholt den Dialog mit der Führungsspitze des PS gesucht hatte, jedoch nur auf ablehnende Reaktionen stieß, gründete er Anfang des Jahres 1998 seine eigene Partei, die Union du Renouveau Démocratique, mit der er auch zu den Parlamentswahlen antrat. Die Kandidatur einer politischen Partei muß in Senegal mit 10000 Stimmen (als Vertrauensbeweis seitens des Volkes) und einer verhältnismäßig hohen Kautionsbeleg belegt werden – dies stellte kein Problem für Djibo Ka dar, der 15000 Stimmen abliefern konnte.

Der „Bruderstreit“ wurde zum politischen Kampf, denn der Renouveau hat dem PS mit seiner Abspaltung eine der schwersten Niederlagen der letzten Jahre zugefügt. Djibo Ka fehlten weder die politischen Mitstreiter (Intellektuelle, Juristen und Wirtschaftsführer) noch Mittel und Popularität, um den PS mittel- bzw. langfristig gefährlich anzugreifen zu können – wenn noch nicht in diesem Jahr mit dem klaren Erfolg, dann bei den Präsidenschaftswahlen im Jahre 2000 gegen Amtsinhaber Diouf.

Der zu Beginn des Wahlkampfes aufgekommene Verdacht einer Verbindung mit dem PDS von Abdoulaye Wade stellte sich schnell als Irrmeldung heraus, und der seit Jahren aufstrebende und dann bei der Wahl überraschend deutlich eingebrochene Oppositionspolitiker Landing Savané schloß Wahlbündnisse von vornherein aus.

Wade – ehemaliger Mitstreiter von Senghor in der damaligen UPS und 1974 Parteigründer des „liberalen“ PDS – bleibt seiner Maxime des politischen Wechselspiels treu. Mehrmals als in Verruf geratener Oppositionsführer nach Unruhen (jeweils nach Wahlen) inhaftiert, dann wieder als Mitglied einer sogenannten Koalitionsregierung hofiert, hat Wade zumindest erreicht, nie aus den Schlagzeilen der senegalesischen Presse zu verschwinden. Der PDS war 1994 in die Regierung aufgenommen worden und durfte mehrere Ministerposten besetzen, die eigens zu diesem Zweck geschaffen oder von anderen Ämtern abgespalten worden waren.

Die von früheren Wahlen und Regierungsbeteiligungen schon bekannte Taktiererei Wades ließ auch in diesem Wahlkampf alte Verhaltensmuster wiedererkennen. Wie schon vor den letzten und vorletzten Parlaments- und Präsidenschaftswahlen, als Wade kurz vor den Wahlen aus dem Kabinett austrat, ergriff er auch diesmal die letzte Chance, einen Rest politischer Glaubwürdigkeit zu demonstrieren und sich als Oppositionspolitiker wieder den Wählern zu stellen und zu profilieren. Sein Regierungsaustritt mit den vier PDS-Ministern provozierte eine heftige Kontroverse innerhalb des PDS, die beinahe zu diesem Zeitpunkt schon zur Spaltung geführt hätte. Schließlich gelang es Wade noch einmal, seine Anhänger auf seine Seite zu ziehen und die Führungsposition in der Partei zu behaupten.

Wade inszenierte mit großem Medienaufwand seinen Regierungsaustritt „wegen mangelnder Anerkennung der konstruktiven PDS-Beiträge zur Regierungspolitik seitens der PS-Minister“: Unmittelbar im Anschluß an seinen Austritt begab er sich mit Vertrauten zum Khalifen der Mouriden-Bruderschaft; nach seinen Aussagen, um mit dem Oberhaupt dieser mächtigen islamischen Bruderschaft zu beten – vermutet wurden aber mehrstündige intensive politische Unterredungen.

Dieser Besuch stellte den Auftakt zum Ringen der Parteien um die Gunst der religiösen Führer, der Marabouts, dar. Eine Tageszeitung schrieb: „Die Politiker geben sich in (der 'religiösen Hauptstadt') Touba die Klinke in die Hand“ – eine Aussage, die in Anbetracht der politischen Realität nicht als übertrieben bezeichnet werden kann. Auch die generell enge – wenn auch inoffizielle Verbindung von Politik und Religion – bleibt weiterhin bestehen. Diese unausgesprochene Symbiose nimmt jedoch vor den Wahlen jedes Mal ungeahnte Dimensionen an. Die Marabouts beten in einer vorwiegend analphabetischen Bevölkerung für das Seelenheil ihrer *Talibes* (Anhänger) und in Wahlzeiten für die Stimmenzahl der Parteien. Der Mouriden-Marabout Bara Mbacke behauptete: „Meine Gebete bringen dem PDS mehr als 10000 Stimmen ein.“ Als Angehöriger dieser Bruderschaft stützt Wade sich

insbesondere auf die Unterstützung verschiedener Mouriden-Marabouts, wobei festzustellen ist, daß keine generelle Zuordnung Partei-Bruderschaft vorgenommen werden kann.

Relativ spät, erst Ende März, erließ der Mouriden-Marabout Serigne Kosso Mbacke Gannar den *Ndiguel*, der PS sei zu wählen. *Ndiguel* bedeutet in der Mouridenbruderschaft „religiöser Befehl von oben, der unter Androhung von Strafe ausgeführt werden muß“ – und in der Regel ausgeführt wird. Der oberste Führer der Mouriden-Bruderschaft, Khalif Serigne Saliou Mbacke, sprach sich allerdings im Vorfeld der Wahlen ostentativ gegen einen *Ndiguel* aus, und ein weiterer hoher islamischer Würdenträger der Mouriden veröffentlichte sogar ein Kommuniqué in der nationalen Presse und betonte, daß er allen Marabouts empfehle, sich nicht in politische Angelegenheiten einzumischen und sich allein der Religion zu widmen. Aber diese Verhaltensregel wird von vielen, vor allem jüngeren Marabouts nicht mehr respektiert. Die PDS-Listen enthielten die Namen von fünf Marabouts (zwischen 4. und 28. Listenplatz), was sogar in Senegal eine Premiere darstellt. In Anbetracht der Vertrauenskrise, in der sich die liberale Partei Senegals derzeit befindet, scheint diese verstärkte Einbeziehung von religiösen Führungsinstanzen ein legitimes Mittel im Kampf um die Wählerstimmen geworden zu sein. Durch diese „Innovation“ wird die politische Auseinandersetzung ihren Charakter verändern.

Doch nicht nur der PDS warb um die Gunst der Marabouts. Auch Renouveau-Chef Djibo Ka, der Wahlkampf und Wahltaktiken vor allem des PS vehement angriff, stattete regelmäßig den Marabouts der verschiedenen Bruderschaften Höflichkeitsbesuche ab. Erstaunen und teilweise Empörung riefen seine Treffen mit zwei umstrittenen Marabouts aus den Bruderschaften der Mouriden und Tidianen hervor: Am 27. April reiste Ka zum abtrünnigen Tidianenmarabout Cheikh Tidiane Sy, und drei Tage später traf er sich mit Modou Kara, der vom Khalifen der Mouriden-Bruderschaft schon wiederholt zur Ordnung gerufen worden war.

Diese Marabout-Besuche sind allerdings nicht als Beweis für ‘subversive Tendenzen’ des Renouveau auszulegen, sondern vielmehr als Element der Wahlkampagne Kas, der mit außergewöhnlichen Aktionen und Äußerungen (so bezeichnete er den PS als „mafiose Partei“) Aufsehen erregte. Während die ‘alten’ religiösen Führer eher für Mäßigung und politische Enthaltsamkeit plädieren, treten die ‘jungen’ Marabouts nicht selten offensiv für ihre Interessen ein – diese sind nicht immer religiös bedingt. Cheikh Tidiane Sy wurde 1994 bekannt, als er und seine islamistische Gruppe *Moustarchidines wal Moustarchidaty* mit einer Reihe von bisher ungeklärten Attentaten in Verbindung gebracht wurden.

Im Rahmen dieser politisch-religiösen Verbrüderung zwischen Bruderschaften und Parteien stellt sich auch die Frage, wie ernst es mit der laizistischen Ausrichtung der senegalesischen Verfassung genommen wird. Als Beispiel für die eher großzügige Handhabung des Verfassungsparagraphen, nach dem religiös motivierte Parteien nicht zugelassen werden dürfen, ist die Partei FSD/BJ (Front pour le Socialisme et la Démocratie – Benno Jubel) anzusehen, deren Vorsitzender unter anderem das senegalesische Familienrecht an die *Scharia* angleichen will.

Nicht nur die Führer der großen Bruderschaften, die Khalifen der Mouriden und Tidianen, haben sich gegen jegliche Art von „Wahlanweisung“ ausgesprochen, auch der zu Ostern herausgegebene Hirtenbrief der senegalesischen Bischöfe rief die Politiker zur Einhaltung der laizistischen Prinzipien und zu einer friedlichen Wahlvorbereitung und -durchführung auf. Unüberhörbarer Tenor in diesem mutigen Hirtenbrief war der Aufruf an die Politiker zur *Good Governance* und an die Gläubigen zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten.

In diesem Zusammenhang sind die Konferenzreihen des renommierten Bildungszentrums Présence Chrétienne in Dakar, Thies und Saint Louis zu erwähnen, die einen Beitrag zur Staatsbürgerkunde im Vorfeld der Wahlen geleistet haben.

Die beiden letzten Wochen vor den Parlamentswahlen waren vom Wahlkampf geprägt: eine Atmosphäre der Spannung, wenn nicht Unruhe, ergriff zunehmend alle Schichten der Bevölkerung.

Der Parti Socialiste hatte mit seiner Mehrheit im Parlament noch rasch vor Beginn der Wahlkampagne einige Gesetze verabschiedet, die ihm beim Kampf um die Parlamentssitze helfen sollten. Schon erwähnt wurde die Erhöhung der Abgeordnetenanzahl um 20 Sitze, so daß nunmehr 140 Abgeordnete finanziert werden müssen. Nach Eingaben der Opposition und vom Verfassungsrat vorgeschlagener Verfahrensänderung wurde das Gesetz

schließlich Anfang März verabschiedet, eine Woche später das Gesetz über die Einrichtung eines Senats mit 60 Senatoren. Die Mittel für die Finanzierung dieser zusätzlichen Posten sollen auch durch Einsparungen bei Reisekosten der Abgeordneten frei werden. Die Opposition zweifelte jedoch an der Realisierbarkeit dieser Vorgaben und verurteilte diese Gesetzesinitiativen scharf.

Beunruhigend war auch weiterhin die Entwicklung in der Casamance. 2000 bis 3000 Soldaten sind in dieser südlichen Region Senegals stationiert, ihr Kampf gegen die weitverzweigte Rebellenbewegung scheint jedoch erfolglos. Weiterhin werden vor allem Kinder und Frauen durch Landminen verstümmelt und getötet, Lastwagenfahrer und Busse werden mittlerweile in der gesamten Casamance angegriffen, Übergriffe von bewaffneten Banditen oder Rebellen finden häufig statt und weiterhin leeren sich die Dörfer der am härtesten betroffenen Landstriche, die mittlerweile entvölkert sind. Die departementalen Wahlbeobachtungskommissionen wurden damit beauftragt, die verlassenen Dörfer zu registrieren und ihre ehemaligen Bewohner von den Wählerlisten zu streichen. Mehr als 15000 Flüchtlinge befanden sich im Frühjahr (vor dem Einmarsch in Guinea Bissau, der zeitweilig bis zu 400 000 Flüchtlinge verursachte) in Gambia und Mauretanien. Angesichts der Amnesty-Veröffentlichung *Terreur en Casa-mance* vom 17. Februar 1998 hat die senegalesische Regierung ein *Livre blanc* über die Casamance herausgegeben, das die Situation in dieser Region detailliert und ohne Vorbehalte darlegen und die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen entkräften soll.

Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen belegte ein weiterer Krisenherd die Schlagzeilen der nationalen Presse: In Nordsenegal, im Dreiländereck zwischen Senegal, Mali und Mauretanien, begingen bewaffnete Banden Überfälle in einem Umfang, daß die Bewohner der betroffenen Gegenden zu Selbstverteidigungsmaßnahmen griffen und den Staat der Untätigkeit anklagten. Beobachter befürchteten schon einen weiteren innerstaatlichen Konflikt. Ursache der starken Unsicherheit in der Region ist die immer noch nicht gelöste Flüchtlingsfrage. Seit den Unruhen zwischen Senegal und Mauretanien im Jahre 1990 leben immer noch Tausende von mauretanischen Flüchtlingen südlich des Senegalflusses (Staatsgrenze), und ihre Lager bieten einen idealen Unterschlupf für Kriminelle, die aus der Anonymität dieser Lager heraus immer wieder Vorstöße in die Region unternehmen. Angesichts der erschreckenden Ausmaße greift die senegalesische Gendarmerie hart durch. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß es sich bei den organisierten Banden nicht um senegalesische Flüchtlinge aus Mauretanien handelt, sondern um einheimische Senegalesen, die die prekäre Lage in den Flüchtlingslagern für ihre Zwecke ausnutzen.

Der Wahlkampf selbst blieb im wesentlichen ruhig – im Gegensatz zu früheren Wahlkampagnen. Der verbalen Radikalisierung folgte keine wesentliche physische Gewalt in der Parteienseinmischung. Der Wahlkampf war dadurch gekennzeichnet, daß die 18 zugelassenen Parteien in der Regel weniger ein Programm anbieten konnten oder wollten, sie betrieben vielmehr intensive Werbung mit ihren Führungspersonen – soweit vorhanden.

Bemerkenswert war – wie in jedem Wahljahr – ein Phänomen, das in Senegal unter dem Titel „transhumance politique“ Schlagzeilen macht: Es handelt sich um (teilweise hochrangige) Politiker, die kurz vor den Wahlen die Partei wechseln. Was in anderen Ländern vielleicht als Opportunismus bezeichnet würde, gilt in Senegal als durchaus gesellschaftsfähig.

Prominentester Parteiwechsler war Balla Moussa Daffé, der Bürgermeister der Stadt Sedhiou, der als PS-Mitglied 1993 Bürgermeister wurde, vor den Kommunalwahlen 1996 zum PDS überwechselte und in diesem Jahr wieder zum Parti Socialiste zurückkehrte. Auch der Bürgermeister der bevölkerungsreichsten Dakarer Vorstadt Pikine, Tété Diedhiou, verließ kürzlich den PDS zugunsten des PS. Über die Beweggründe kann nur spekuliert werden.

Insgesamt positiv in der Bewertung war die Rolle des ONEL, der staatlichen, nicht unabhängigen Wahlbeobachtungskommission, die mit ihren Büros viel Arbeit geleistet hat. Täglich waren in der Presse Artikel über die Aufdeckung von Betrugsversuchen bei der Verteilung der Wahlkarten zu lesen oder auch vom Verkauf von Wahlkarten. Inwieweit alle Manipulationsversuche aufgedeckt werden konnten oder auch nicht, bleibt offen. Es wird eine nicht unerhebliche Dunkelziffer vermutet. Kein offenes Geheimnis waren die geschenkten Reislieferungen an Dörfer zwecks Sicherung der PS-Stimmen.

Verfassungsrat bestätigt Wahlergebnisse

Der senegalesische Verfassungsrat bestätigte zwei Wochen nach der provisorischen Bekanntgabe die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen vom 24. Mai 1998. Teilweise schon vor der provisorischen Bekanntgabe der Wahlergebnisse am 29. Mai hatte ein Großteil der Oppositionsparteien begonnen, die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zu bezweifeln und Eingaben beim Verfassungsrat zu machen. Sie forderten in vielen Fällen schlicht die Annullierung der Wahlergebnisse wegen zahlreicher – laut ihren Aussagen – beweisbarer Betrugsmanöver seitens des regierenden Parti Socialiste.

Nach sorgfältiger Prüfung aller 18 Eingaben kam der Verfassungsrat zwar zu einigen abweichenden Ergebnissen in einzelnen Wahlbüros, das globale Ergebnis wurde jedoch bestätigt: Beinahe alle Wahlbüros (99,90 Prozent) haben funktioniert (nur 15 Wahlbüros wurden nicht geöffnet), 8459 Protokolle der Wahlbüros gingen beim Verfassungsrat ein (wenn auch teilweise mit starken Verspätungen), 15 wurden wegen Unregelmäßigkeiten annulliert. Die Wahlbeteiligung betrug 38,8 Prozent.

Die Eingaben der Oppositionsparteien, die die partielle oder komplette Annullierung der Wahlergebnisse forderten, richteten sich gegen eine Reihe von Unregelmäßigkeiten wie z. B. die verspätete oder nicht reguläre Weiterleitung der Wahlprotokolle von den Wahlbüros an die Wahlkommission, die illegale Verteilung von Wählerkarten, die kurzfristige Verlegung von Wahlbüros, die nicht reguläre Ernennung der Mitglieder der Wahlbüros, Unregelmäßigkeiten bei der Wähleridentifikation, der Schließungszeiten der Wahlbüros sowie fehlende Wahlzettel einiger Parteien in manchen Büros.

Der Verfassungsrat gab einigen dieser Eingaben statt, was dazu führte, daß die Wahlergebnisse in sechs Wahlbüros annulliert wurden. Schwerwiegendere Vorwürfe wurden gegen zwei hochrangige PS-Politiker erhoben, die im Rahmen der Wahlen mit Skandalen von sich reden machten.

Der Bürgermeister der traditionsreichen Küstenstadt Rufisque, Jacques Mbaye Diouf, ließ das Wahlbüro vor seiner Wahl räumen, belegte dann mit seiner Leibgarde (!) das Büro und wählte – wobei die Urne zusätzlich nach-gewiesenermaßen mit mehreren hundert zusätzlichen Wahlzetteln gefüllt wurde. Da alle des Raumes verwiesenen Mitglieder des Wahlbüros (u.a. Vertreter der politischen Parteien und des Wahlbeobachtungsamtes) die gleiche Zeugenaussage machten, war die Annullierung quasi eine Formalität.

Ein weiterer Bürgermeister der Parti Socialiste, Abdoulaye Makhtar Diop, vom Dakarer Plateau (Geschäfts- und Verwaltungszentrum der Hauptstadt), wurde ebenfalls handgreiflich: Er verprügelte im Wahlbüro den Sohn des Grand Serigne de Dakar (höchster religiöser und traditioneller Führer Dakars), der aus seiner PDS-Mitgliedschaft keinen Hehl macht. Derselbe Bürgermeister äußerte sich nach den Wahlen mit „Bitterkeit“ über die PDS-Mehrheit in der Hauptstadt. Seine Eingabe auf Annullierung der Ergebnisse in einem Wahlbüro Dakars wurde ohne Kommentar abgelehnt.

Die Parteien PDS, PIT und Renouveau (URD) stellten ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der eingeschriebenen Wähler (3 180 857) im Verzeichnis vom Innenministerium (im Internet veröffentlicht) und im Wählerverzeichnis der nationalen Wahlkommission (3 070 512) fest. Nach Ausräumen verschiedener Störfaktoren kam der Verfassungsrat auf die Zahl von 3 164 827 eingeschriebenen Wählern und unterstrich, daß diese Zahl keinen Einfluß auf das aktuelle Wahlergebnis habe.

Die Eingaben des Parteichefs der CDG Garab Gi, des Professors Iba Der Thiam, wurden wegen Formfehlern pauschal abgelehnt. Man erinnere sich, daß Thiam vor der Verabschiedung des Gesetzeswerkes bezüglich der Regionalisierung 1996 von den mehr als 300 Eingaben die Hälfte eingereicht hatte.

Außer dem PS, dem PDS und dem Renouveau konnte keine Partei einen Wahlkreis gewinnen; die Abgeordneten der kleineren Oppositionsparteien wurden durch die nationale Liste in die Nationalversammlung gewählt. Dem PDS gelang zwar der Wahlsieg in den Wahlkreisen Dakar und Pikine, womit er zehn Abgeordnete der Departementslisten ins Parlament senden konnte. Neben AJ ist jedoch der PDS der eigentliche Verlierer dieser Wahlen. Während der PDS 1993 noch mit 33 Prozent der abgegebenen Stimmen und 25 Abgeordneten in ein Parlament

mit 120 Sitzen einzog, erreichte er 1998 lediglich 18 Prozent der Wählerstimmen und verfügt nunmehr nur über 23 Mandate im 140 Sitze zählenden Parlament.

Der PDS nach der Wahlniederlage: Streit in der größten Oppositionspartei und Spaltung

Dieses enttäuschende Wahlergebnis wird von manchen Beobachtern auf die Erfolge des *Renouveau* zurückgeführt, der nicht nur Stimmen von PS-Stammwählern, sondern auch von Wählern des PDS, AJ und anderer kleiner Parteien abzog. Nicht unterschätzt werden darf wohl auch der Effekt des schon häufig erwähnten 'Wechselspiels' des PDS, der einerseits mit fünf Ministerposten jahrelang Regierungsverantwortung trug und auf der anderen Seite sich als wichtigste Oppositionspartei im Parlament profilieren wollte. Diese Konstellation führte schon vor den Parlamentswahlen zu innerparteilichen Auseinandersetzungen.

Einen Höhepunkt erreichten diese Spannungen mit der Kandidatenbenennung für die zwei Wahllisten. Der PDS-Vizepräsident und Minister Ousmane Ngom sowie auch der Minister Idrissa Seck und der „Monsieur Casamance“ des PDS, Marcel Bassène, wurden von Parteiführer Abdoulaye Wade auf die Departementsliste gesetzt, die nach dem Mehrheitsprinzip funktioniert. Resultat: Keiner der bislang wichtigsten Männer des PDS erreichte ein Parlamentsmandat. In seiner Neubesetzung des Direktoriums der Partei trieb Wade die Unzufriedenheit seiner früher engsten Mitstreiter und Vertrauten auf den Gipfel: Ousmane Ngom, bis dato Parteizweiter, wurde von Kaye Diop Diatta als Vizepräsident abgelöst, Ngom erhielt nur noch den Titel 'Secrétaire permanent'. In erbitterten Reaktionen nannte Ngom Wades Verhalten autokratisch. Ursache aller Streitigkeiten war die Art und Weise, wie die Nachfolgeregelung für verdiente Funktionsträger gelöst wurde. Wade ergriff mit den Kandidatenbenennungen Partei – für die seiner Ansicht nach loyalsten Vorstandsmitglieder. Daß er durch diese Personalpolitik einen 'Renouveau-Effekt' provoziert hatte, ist ein grober Fehler, den der so erfahrene Parteipolitiker bis heute nicht mildern oder reparieren konnte.

Am 15. Juni veröffentlichte die senegalesische Tageszeitung *SUD* den Kündigungsbrief der PDS-Kader Ousmane Ngom und Marcel Bassène. Allerdings sind diese nicht als Einzelkämpfer aus dem PDS ausgetreten: die renommiertesten Parteikader folgten ihnen mit dem Ziel, in Kürze eine eigene Partei zu konstituieren. Die neu zu gründende Partei solle die wahren Ideale der freien Demokratie vertreten und nicht deren Zerrbild, wie Wade es durch seine „monarchistische Gehabe“ verkörpere.

Die PDS-Spaltung wirft unvermittelt die Frage nach der Realisierbarkeit einer PDS-Fraktion im senegalesischen Parlament auf, denn mit Ngom und Bassène traten weitere sechs PDS-Abgeordnete aus der Partei aus – zunächst einmal. Bei 23 Abgeordneten ist der Rückzug von sechs Personen noch nicht dramatisch, aber die durch der Spaltung bedingte 'Wanderbewegung' könnte anhalten.

Die Opposition im Parlament

Die nach den Wahlen aufgenommenen Verhandlungen zwischen den im Parlament vertretenen Oppositionsparteiführern werden laufend fortgeführt. Insbesondere Djibo Ka hatte von Anfang an seine Bereitschaft kundgetan, daß er für Allianzen und Zusammenschlüsse offen sei. Er traf sich seit Ende Mai mehrmals mit Abdoulaye Wade (PDS), Landing Savané (AJ), Abdoulaye Bathily (LD/MPT), Ahmat Dansokho (PIT) und Madior Diouf (RND). Sein Motto „un bloc républicain pour le changement“ genießt große Popularität, da viele Politiker zu dem Ergebnis gekommen sind, daß eine Änderung der politischen Landschaft nur mit vereinten Kräften durchzusetzen sei.

Alle Oppositionsparteien – auch der PDS – haben öffentlich bekundet, daß sie nicht mehr Regierungsverantwortung übernehmen wollten. In der Presse vom 16. Juni wurde angedeutet, Bathily wolle nun auch (als letzter Oppositionsführer) aus der Regierung austreten und sei bereit, mit dem *Renouveau* eine Parlamentsfraktion zu bilden. Es bleibt abzuwarten, wie sich angesichts der PDS-Spaltung Fraktionsbestrebungen realisieren lassen und welche neuen politischen Konstellationen sich abzeichnen werden. Allgemein deutlich ist der Wille einer stärkeren Koordinierung der Oppositionsparteien sowie deren Weigerung, neuerlich mit der Parti Socialiste zu regieren.

Erwähnt sei der relative Erfolg der FSD (Front pour le Socialisme et la Démocratie) von Cheikh Abdoulaye Dieye, einer völlig neuen, islamisch inspirierten Partei, die immerhin doppelt so viele Stimmen erhielt wie das traditions-reiche RND (Rassemblement national démocratique) oder der bis 1996 in der Regierung vertretene PIT (Parti pour l'Indépendance et le Travail).

Im Parlament stehen drei großen Parteien acht kleinere Parteien gegenüber, von denen sechs nur über jeweils einen Abgeordneten verfügen. In diesem Zusammenhang kann die theoretische Frage, ob eine Fraktion mit allen Oppositionspolitikern denkbar ist, leicht verneint werden; eine Zusammenarbeit von Wade und Ngom ist derzeit nicht vorstellbar. Oppositionsführer wie Landang Savané und Madior Diouf, die sich nie am Spiel der geteilten Regierungsverantwortung beteiligt haben, stehen einer großen Fraktion aller oder vieler Oppositionsparteien bis heute zweifelnd gegenüber; oft schon hatte beispielsweise die PDS Allianzzusagen gemacht, um dann wieder in die PS-Regierung einzutreten. Indes ist allen politischen Akteuren klar, daß auf die herkömmliche Art der Parteienauf-splitterung im Parlament nicht die Präsidentschaftswahl im Jahre 2000 gewonnen werden kann. Stellt sich nur die Frage, wer von den Oppositionsparteien einen Präsidentschaftskandidaten nominieren würde, gäbe es denn eine starke Oppositionsfraktion.

Nach den Wahlen: Innenpolitische Beruhigung, außenpolitische Eskalation (Krieg in Guinea-Bissau)

Die für die Zeit nach den Parlamentswahlen befürchteten Unruhen blieben aus. Zum einen, da die Organisation im Vergleich zu früheren Wahlen wesentlich besser und kohärenter war, zum anderen wohl auch, weil die Bekannt-gabe der Wahlergebnisse in eine Periode fiel, die durch zwei nicht-politische Ereignisse geprägt war: Den *Magal* nach Touba und den Beginn der Fußball-WM.

Die Pilgerfahrt in die heilige Stadt der Mouridenbruderschaft Touba, die anlässlich des Gedenktages der Deportation des Mouridengründers Ahmadou Bamba 1927 durch die französische Kolonialmacht alljährlich rund zwei Millionen Anhänger (bei einer Gesamtbevölkerung von rund 8,5 Millionen) dieser Bruderschaft anzieht, ist immer wieder ein spektakuläres Medienereignis. Während der oberste Führer der Mouriden (Khalif) für den Frieden be-tet, ist für unzählige Senegalesen diese Pilgerfahrt Anlaß für vielfältige Aktivitäten und vor allem für Ablenkung von dem 'konjunkturgeplagten' Alltag.

Auf dem Gipfeltreffen der Staatschefs der Organisation für Afrikanische Einheit (OUA) Anfang Juni wurde intensiv nach Lösungsmöglichkeiten des Konflikts zwischen Äthiopien und Eritrea gesucht. Im Anschluß lud Abdou Diouf alle westafrikanischen Staatschefs zu einem Gipfeltreffen Ende Juni in Dakar ein – nicht ahnend, daß Senegal bald in einen kriegesischen Konflikt vor seinen eigenen Toren involviert sein würde.

Am 7. Juni putschte im kleinen Nachbarstaat Guinea Bissau General Ansoumana Mané. Senegal entsandte auf Bitte von Staatschef Vieira am 10. Juni ein Kontingent von 1300 Soldaten, das nach mehreren erfolglosen Offensiven auf über 2000 Mann aufgestockt wurde. Die wochenlangen Kämpfe zwischen der Invasionsarmee, an denen sich auch Guinea Conakry, sich ebenfalls auf einen Beistandspakt berufend, beteiligte, forderten über 1 000 Tote unter der Zivilbevölkerung und mehrere Hundert Gefallene auf beiden Seiten, wobei Senegal seine Verluste offiziell mit 28 toten Soldaten beziffert. Zeitweilig waren rund 400 000 Menschen auf der Flucht, denen Senegal den Grenzübertritt verweigerte – eine aus humanitärer Sicht bedenkliche Entscheidung. Mittlerweile kehren die Flücht-linge wieder in die durch die Kämpfe (senegalesische Artillerie) schwer gezeichnete Hauptstadt Bissau zurück.

Ein geschlossener Waffenstillstand wird auch eingehalten und es werden Friedensverhandlungen unter Beteiligung Portugals und Angolas geführt. Die innenpolitische Situation im Nachbarland scheint sich deutlich zu entspannen, was für Senegal den Vorteil hätte, ohne großen Gesichtsverlust dieses militärische Abenteuer beenden zu können und die leere Staatskasse nicht weiter belasten zu müssen. Der Versuch Senegals, als stabilisierende Regionalmacht Einfluß zu gewinnen, scheint vorläufig gescheitert zu sein. Im Gegenteil, die Regionalmacht Nigeria fühlte sich auch in diesem Konflikt gerufen, um mit seinen „kämpferproben Friedenstruppen“ die Grenze der nigerianischen Hegemonial- und Drogenpolitik noch weiter nach Westen zu verschieben.

Trotz des vorläufigen Scheiterns der Friedensverhandlungen in Abidjan sind die Prognosen momentan relativ positiv für eine friedliche Beilegung des Konfliktes. Der Mann der Stunde ist der ehemalige Premierminister Guinea Bissaus und Vorsitzender des PAIGC (Partido Africano de Independencia de Guinea Bissau e Cabo Verde), Ma-nuel Satirino, der derzeit intensive Verhandlungen mit allen Parteien führt. Seine Vermittlung vor allem zwischen der 'Junta' des Putschistenführers Mané und der Regierung Vieiras trägt Früchte, denn beide haben ihre Positionen 'aufgeweicht'. Mané war im Mai dieses Jahres auf senegalesischen Druck hin (der Vorwurf lautet auf Waffen-schmuggel und Unterstützung der senegalesischen Separatisten in der südlichen Grenzregion Casamance) als Stabschef der guinea-bissauischen Armee entlassen worden und putschte dann Anfang Juni gegen Präsident Vieira. Satirino, der im Frühjahr 1998 beinahe eine Spaltung des PAIGC provoziert hatte, erweist sich jetzt als Vermittler zwischen Vieira und Mané, der sich immer noch als dieser Partei zugehörig fühlt.

Mané geht zunehmend auf Abstand zu den senegalesischen Casamance-Separatisten, die sich gleich zu Beginn des Umsturzes auf die Seite der Putschisten gestellt hatten. Es befinden sich noch mehrere Hundert Separatisten in Guinea Bissau, die begonnen haben, Ansprüche an Mané zu stellen – schließlich hätten sie bei der Verteidigung der Kaserne Bra, des Putschistenhauptquartiers, in erster Reihe gestanden und seien „als Kanonenfutter verheizt“ worden.

Die Ansprüche seiner ehemaligen Verbündeten weist Mané mittlerweile dezidiert zurück und zieht einen klaren Trennungsstrich zwischen dem guinea-bissauischen Putsch und der senegalesischen Rebellion. In keinem Falle könne er die Separatisten unterstützen. Den Waffenhandel mit senegalesischen Rebellen habe er von Anfang an verurteilt.

Möglicherweise läßt sich der Status quo ante wiederherstellen. Das würde eine konzertierte Aktion zwischen Senegal, Guinea Bissau und Guinea Conakry bedeuten – mit dem Ziel, nach einem Friedensschluß die Separatisten im Grenzgebiet von allen Seiten anzugreifen und ihnen die Rückzugsmöglichkeiten zu versperren. Das scheint in die-sem Buschkrieg für den Senegal die einzig erfolgversprechende Option gegen die Separatisten in der Casamance zu sein.

Die Bilanz der neuen Regierung in Senegal – die ersten 100 Tage

Die ausschließlich mit Ministern des Parti Socialiste besetzte neue Regierung, die Mitte Juli vom neuen Premierminister Mamadou Lamine Loum gebildet wurde, sieht sich sogleich mit den alten und gleichzeitig aktuellen Problemen des Landes konfrontiert: Krise in Guinea-Bissau, Verschärfung der sozialen Lage mit ständigen Streiks in vielen Bereichen, Verschiebung der Senatswahlen wegen Geldmangels, Hungersnot in Ostsenegal, Änderung von zwei Verfassungsartikeln, Verabschiedung eines Anti-Korruptionsgesetzes und als vorläufiger Höhepunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung der von Oppositionsführer Djibo Ka gegen die Wirtschaftspolitik des PS gerichtete Mißtrauensantrag in der Nationalversammlung.

Während die neue Regierung keine Vertreter der Oppositionsparteien aufweisen kann, besetzen zumindest im Parlament Oppositionsmitglieder einige repräsentative Funktionen: Bei ihrer konstituierenden Sitzung hat die Nationalversammlung Präsidium und Vorstand gewählt: Als Parlamentspräsident wurde erwartungsgemäß Abdoul Khadre Cissokho (PS) wiedergewählt. Die Vizepräsidentenplätze Nr. 6, 7 und 8 im Parlament werden von Vertretern der Opposition eingenommen wie auch die Plätze Nr. 5. und 6. der *Secrétaires élus* der Nationalversammlung. Drei Fraktionen wurden gebildet, die sich folgendermaßen zusammensetzen: die PS-Fraktion mit Vorsitzendem Abdourahime Agne (vormals PS-Sprecher), „Liberté, Démocratie et Progrès“ (PDS, AJ, PIT) mit dem Vorsitzendem Abdoulaye Faye (PDS) sowie „Démocratie, Liberté“ (Renouveau, Garab Gi, BCG) unter dem Vorsitz von Djibo Ka (Renouveau).

Der neue Premierminister, Mamadou Lamine Loum, übernahm das Amt des langjährigen Premierministers Habib Thiam. Der Wechsel verlief unspektakulär, hinterließ aber bei vielen PS-Mitgliedern einen bitteren Nachgeschmack, ausgelöst durch die als ein wenig unfein empfundene Art, mit der Abdou Diouf seinen Kampfgenossen und persönlichen Freund entmachtete hat.

Loum gilt als der Senkrechstarter in der aktuellen Politik. Bis Anfang 1997 Budgetminister, übernahm er nach dem Rücktritt von Finanz- und Planungsminister Sakho dessen Ministerium und wurde sechs Monate später Premierminister. Er gilt als verlässlicher Verfechter der Politik der 'Bretton Woods Institutionen', ein sog. Technokrat, dem makroökonomische Daten wichtiger sind als soziale Gerechtigkeit, wie ihm aus Oppositionskreisen vorgehalten wurde. Der parteilose Loum soll als Premierminister sicherlich, wie gut unterrichtete Kreise in Dakar behaupten, unpopuläre Maßnahmen durchsetzen und den Präsidentschaftsminister und eventuellen Diouf-Nachfolger Ousmane Tanor Dieng vor den Schlägen der Kritik abschirmen. Nach allgemeiner Einschätzung gilt Loum als Übergangskandidat bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000. Für ihn spricht: Er ist ein unvoreingenommener Wirtschaftsspezialist, dessen Integrität noch nicht einmal von seinen Widersachern angezweifelt wird. Ob es ihm gelingen wird, sein Amt wie der souveräne und charismatische Habib Thiam zu führen, sei dahingestellt, in jedem Falle mangelt es Loum weder an fachlicher Kompetenz noch an Engagement für die Entwicklung des Landes.

Neuer Finanzminister ist Mouhamed Al Moustapha Diagne, ein enger Vertrauter Loums. Interessant sind auch folgende Neu- und Umbesetzungen in der Regierung: Der ehemalige Außenminister Moustapha Niasse, der wie Habib Thiam der 'alten Garde' des PS angehört, geht auf eigenen Wunsch. Neuer Außenminister ist Jacques Baudin, der vorher das Amt des Justizministers bekleidet hatte. Niasse war einer der wenigen Minister, die aus der Senghor-Ära stammten und Präsident Diouf gegenüber gelegentlich ihre – auch abweichende – Meinung äußerten. Beinahe alle anderen neuen und alten Regierungsmitglieder vertreten die Linie der jungen 'Technokraten'. Die letzten 'Fossilien' sind Robert Sagna, der seit über zwanzig Jahren das Ressort Landwirtschaft besetzt, und André Sonko, Ressort Schule und Bildung. Industrieminister wurde Maged Diouf, ein Bruder des Staatschefs, der als Schlüsselfigur im 'Diouf-Imperium' gilt. Die einundreißig Posten zählende neue Regierung weist immerhin fünf Frauen auf. Aminata Mbengue Ndiaye blieb Familienministerin, Marie Louise Correa (früher Technik und Forschung) übernahm das Ressort Arbeit. Neu sind Aissata Tall Sall (Kommunikation), Abibatou Mbaye (wirtschaftliche Integration) und Aissatou Niang Ndiaye (Budget).

Der Regierungswechsel ging nicht ohne eine Politposse vonstatten, in deren Mittelpunkt der wortgewandte Vorsitzende des BCG (Bloc Centristes Gainde) stand. In Loums Regierungsdekret war Dias zum Städteminister ernannt worden, obwohl dieser diese Ernennung von vornherein abgelehnt hatte. Dias veröffentlichte in den Tageszeitungen seine Gegendarstellung und Loum war gezwungen, ein Communiqué zu veröffentlichen, in dem er die Ernennung auf einen „materiellen Fehler“ zurückführte. Resultat: Dias bewies mit seiner Reaktion seine Integrität als Oppositionspolitiker, und der Posten wurde ersatzlos gestrichen (das Städteministerium war seit jeher ein Pseudoministerium gewesen, um Oppositionspolitiker 'abzuspeisen').

Weitere Umbesetzungen wurden in wichtigen Staatsämtern vorgenommen, wie z.B. durch die Ernennung von El Hadj Mbodj zum 'Médiateur'. In seiner Funktion als Vermittler zwischen Bürger und Staat soll er insbesondere die Definition eines Oppositionsstatuts und einen Finanzierungsmodus von politischen Parteien und öffentlichen Fonds erarbeiten. Der Universitätsprofessor, Direktor des Instituts für Menschenrechte in Dakar und des Wahlbeobachtungsamtes ONEL, gilt als geeigneter Beauftragter für die Lösung dieser heiklen Fragen.

Innenminister Cissé nahm im August einschneidende Veränderungen in seinem Ressort vor. Aufsehen erregte insbesondere die Entlassung des Chefs des Sicherheitsdienstes, Moustapha Sarr. An seine Stelle trat Abdou Karim Kamara, vormals Gouverneur der Region Thies. In den Reihen der Polizei löste diese Ernennung Empörung aus, da sie bedeutete, daß die Polizei anstelle eines Kommissars nun einen Zivilverwalter als Vorgesetzten bekam. Wenn auch für die Entlassung Sarrs kein Grund genannt wurde, wird vermutet, Kamara solle die als ungeordnet geltenden Verhältnisse in der Staatssicherheit systematisieren und besser koordinieren.

Das staatliche Wahlbeobachtungsamt ONEL legte Ende Juli seinen Abschlußbericht vor und hat somit seine Funktion erfüllt. Die Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen im Mai wurden teilweise kritisiert; verhindert oder annulliert werden konnten sie nicht. Der Leiter des ONEL, General Mamadou Niang, und die neuen 'Weisen' (Mitglieder des ONEL) wurden mit Dank und Glückwünschen für die außerordentlich gründliche und detaillierte Arbeit verabschiedet. Das ONEL bleibt als Struktur allerdings bestehen. Im Wahlrecht wurde verankert, die staatliche Verwaltung sei für die Organisation der Wahlen verantwortlich, die

Rechtsprechung für die Bekanntgabe der Resultate und für Einsprüche, das ONEL für die Kontrolle und Überwachung. Anlässlich der Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000 wird das ONEL mit neuer Besetzung wieder aktiv. Eine unabhängige Wahlkommission ist weiterhin nicht vorgesehen.

Die ersten Parlamentssitzungen mit den neuen Abgeordneten gaben Anlaß zu zahlreichen Kontroversen zwischen PS und Opposition, insbesondere hinsichtlich der von dem PS vorgeschlagenen und dann auch mit seiner Mehrheit verabschiedeten Änderung der Artikel 21 und 28 der Verfassung. Hierbei ist zu erwähnen, daß Verfassungsänderungen in Senegal kein Sonderfall sind; innerhalb von 20 Jahren wurden Verfassungsartikel rund dreihundertmal geändert. Die klare Mehrheit der PS-Abgeordneten – sie wird hier als „mechanische Mehrheit“ empfunden und auch als solche in der oppositionellen Presse bezeichnet – vereinfacht diese Vorgehensweise enorm. Der Artikel 21, der seit 1991 das Präsidentschaftsmandat auf eine Wiederwahl beschränkt hatte, wurde zugunsten einer unbegrenzten Wiederwählbarkeit modifiziert, und im Artikel 28, der ein Viertel der eingeschriebenen Wähler vorschrieb, um die Präsidentschaftswahlen anerkennen zu können, wurde das Limit von 25 Prozent aufgehoben. Abdou Diouf, 63 Jahre alt und mittlerweile im 18. Regierungsjahr Präsident, kann also potentiell noch mehrmals kandidieren und wird mit absoluter Mehrheit gewählt, wenn auch nur zehn Prozent (sic!) der eingeschriebenen Wähler an die Urnen gehen. Auf diese Weise wird ein zweiter Wahlgang de facto ausgeschlossen eine Perspektive für die demokratische und für die allgemeine Entwicklung des Landes.

Die beiden Oppositionsfractionen legten unverzüglich Einspruch beim Verfassungsrat ein, der sich bislang noch nicht ausgesprochen hat. Ende September formulierten die Oppositionsparteien ein umfangreiches Dokument, mit dem sie die PS-Regierung und vor allem Präsident Diouf zu diskreditieren beabsichtigten (Wahlbetrug, verfassungswidrige Konstitutionsänderungen u. v. m.). Dieses Aufklärungs- und Protestdokument ging an die großen europäischen und amerikanischen Botschaften zwecks Weiterleitung an Bill Clinton, Jacques Chirac usw. mit dem Ziel, die politischen Führer der wichtigsten Geldgeber über die Realitäten der senegalesischen Demokratie aufzuklären. Deutschland befand sich nicht unter den als wichtig eingestuften Adressaten.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Einrichtung des Senats, die schon für dieses Jahr vorgesehen, nun aber auf 1999 verschoben wurde – für die Wahlen zum Senat ist kein Budgetposten vorhanden. Rechtzeitig vor den Wahlen brachten PS-Abgeordnete einen Gesetzesvorschlag in die Nationalversammlung ein, der das Wahlgesetz ändern soll: Vorgesehen war bis dato das Verhältniswahlrecht, nun sollen die Senatoren mit einem gemischten Wahlrecht (Verhältnis-/ Mehrheitswahlrecht) gewählt werden.

Die Opposition sprach sich geschlossen gegen diese Gesetzesänderung aus, die den kleinen Parteien keinerlei Chance eines Zugangs zu dieser zweiten Kammer gebe, die aus Vertretern der Regionen bestehen soll. Dank der sogenannten mechanischen Mehrheit des PS in der Nationalversammlung wurde auch diese Modifikation des Wahlrechtes verabschiedet.

Optimistisch äußerte sich Maître Wade, der 'ewige' Gegenspieler Dioufs, indem er den amtierenden Präsidenten als zukünftigen Senatsvorsitzenden vorschlug: Diouf werde bei den Präsidentschaftswahlen 2000 in jedem Falle von ihm, Wade, geschlagen, und so könne Diouf dann als Alterspräsident dem Senat vorstehen.

Für die politische Diskussion wichtiger, weil sich das innenpolitische Klima durch die zunehmende Polarisierung seitens Djibo Ka weiter aufheizt, war dessen Mißtrauensantrag im Parlament. Mit seinem Mißtrauensantrag gegen die Regierung warf Djibo Ka, der Vorsitzende der Union du Renouveau Démocratique (URd), einen Stein ins Wasser, der weite Kreise zog. Im Anschluß an die Regierungserklärung des neuen Premierministers Loum präsentierte Ka seine Analyse der aktuellen Situation. Ka Kritik richtete sich ebenso gegen ein „künstliches Wirtschaftswachstum“, das nicht durch Investitionen oder Exporte, sondern durch riesige Finanzströme von außen entstünde, wie auch gegen eine schlechte Wirtschaftspolitik.

Hart kritisierte Ka auch die Landwirtschaftspolitik. Im Senegalflußtal lägen enorme landwirtschaftliche Möglichkeiten brach. Es sei unverständlich, daß z. B. der arme Nachbarstaat Mali 450000 Tonnen Baumwolle erzeuge und Senegal noch nicht einmal 50000 Tonnen. Ebenso konjunkturschädigend sei es, quasi alle Konsumgüter und vor allem Grundnahrungsmittel zu importieren – allein 1997 schon 400000 Tonnen Reis, weiterhin 50000

Tonnen Hirse aus Mali. Schließlich stellte Ka die Hungersnot in Ostsenegal sowie in weiteren Teilen des Landes als reales Notsignal dar, das von allen PS-Politikern ignoriert würde.

Der Mißtrauensantrag wurde von der Mehrzahl der Oppositionsparteien mit Vorsicht kommentiert, keine andere Oppositionspartei stellte sich hinter Ka. Da das Regierungsprogramm noch nicht offiziell verabschiedet worden sei, habe ein Mißtrauensantrag wenig Sinn, meinten mehrere Oppositionspolitiker. Der 'Mediateur' der Republik, El Hadj Mbodj, wurde mit der Behandlung des Antrags betraut und bemüht sich derweil darum, zwischen den Politikern der verschiedenen Parteien, zwischen Opposition und Regierung zu vermitteln. Vielleicht nicht als Reaktion auf die Vorwürfe Kas gedacht, jedoch im Hinblick auf eine Lösung des Problems der Hungersnot beschloß der Ministerrat „Notmaßnahmen“ für den ländlichen Raum.

Djibo Ka zog noch in einer weiteren Angelegenheit die Aufmerksamkeit auf sich. In Folge zunehmender Meinungsverschiedenheiten hat sich die Alliance pour le progrès et la Justice Jef Jel, bis dato Kampfgenossin Djibo Kas, von dessen URd getrennt. Während die URd eine erste Sitzung des provisorischen Exekutivkomitees im Hinblick auf die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen 2000 abhielt, nahm die Alliance Jef Jel Kontakt zu dem umstrittenen religiösen Führer der Mouriden, Marabout Modou Kara, auf. Jef Jel wird in Kürze mit Hilfe verschiedener Mouriden-Marabouts beginnen, sich als eigene Partei zu konstituieren. Auf diese neue Entwicklung, die noch stärkere Einbeziehung der religiösen Bruderschaften in den parteipolitischen Prozeß, sollte besonderes Augenmerk gerichtet werden.

Ebenso bemerkenswert ist die Entstehung neuer Parteien. Im September hat sich die senegalesische Parteienlandschaft um zwei weitere Parteien erweitert: In der zweitgrößten Stadt Senegals, der Regionalhauptstadt Thies (360 000 Einwohner), gründete der ehemalige Gymnasialdirektor Famara Keita den Parti Sénégalais pour le Progrès (PSP), und mit Dr. Pape Kamara entstand als eine Abspaltung des BCG (Jean Paul Dias) die neue Partei 'Forces Nouvelles/ Mouvement pour la Solidarité et le Socialisme'. Die außerordentliche Dynamik der Parteisplattungen und -neugründungen seit den Wahlen kann als Zeichen politischer Unzufriedenheit gewertet werden. Im Gegensatz dazu feiert der Parti Socialiste am 17. Oktober sein fünfzigjähriges Bestehen – gegründet 1948 von Leopold Sedar Senghor, Mamadou Dia, Leon Boissier-Palun und Ibrahima Seydou Ndaw als Bloc Démocratique Sénégalais (BDS). Mit der Unabhängigkeit Senegals 1960 nahm der BDS den Namen UPS an (Union du Peuple Sénégalais) und 1976 wurde er zum Parti Socialiste, PS, der seit nunmehr fast vierzig Jahren die Politik des Landes bestimmt.

Obwohl die Gräben zwischen dem regierenden PS und den Oppositionsparteien zeitweise unüberwindbar schienen, konnten alle Parteien sich Ende August auf die Verabschiedung des vom Oppositionspolitiker Iba Der Thiam vorgeschlagenen Antikorruptionsgesetzes einigen. Das Gesetz sieht die Schaffung einer nationalen Untersuchungskommission vor, die gegen die Delikte Korruption und Hinterziehung öffentlicher Gelder eingesetzt werden soll.

Die neue Regierung stieß mit ihrem Programm bei den internationalen Geldgebern schon bald auf positive Resonanz. Wenige Wochen nach Loums Regierungserklärung sagte die amerikanische Entwicklungshilfeorganisation USAID mehr als 187,3 Millionen Dollar in den nächsten acht Jahren für die Sektoren Gesundheit, Dezentralisierung und Privatsektor zu. Wenig später erhielt das Land 20 Milliarden FCFA (66 Mio. DM) als Finanzhilfe von der Europäischen Gemeinschaft.

Die Dezentralisierungspolitik soll im kommenden Jahr mit neuer Dynamik angegangen werden: Hierzu erhalten die Communautés Rurales (Landgemeinden) 9 Milliarden FCFA (knapp 30 Mio. DM), die sie in Form von Budgethilfen zur Durchführung von Kleinprojekten verwenden sollen. Eine weitere Regierungsentscheidung rief Erstaunen hervor: Der in die Kritik geratene Wirtschaftsförderungsfonds Fpe, der lange zwischen dem damaligen Premierminister Habib Thiam und dem Wirtschaftsminister Sakho umstritten gewesen war, wurde Anfang September von der Primature (Amt des Premierministers) wieder den öffentlichen Finanzen, d.h. dem senegalesischen Schatzamt, zugeführt. Auch wenn es dem neuen Premierminister um mehr Transparenz bei der Verwaltung dieses Fonds gehen mag, ist diese Maßnahme zugleich auch eine unausgesprochene Desavouierung des ehemaligen Premierministers Thiam.

Zur Vitalisierung der Wirtschaft sind weitere Maßnahmen geplant, die in Zukunft dem privaten Wirtschaftssektor zugute kommen sollen. Die nationale Unternehmerkonföderation (CNES) hat beschlossen, einen Investmentfonds in Höhe von 500 Millionen FCFA (1,65 Mio. DM) einzurichten, um die Investitionsbestrebungen von Unternehmen und Unternehmern zu fördern und zu unterstützen. Insbesondere geht es der CNES um eine stärkere Beteiligung des privaten Sektors an der industriellen Entwicklung des Landes.

Als auf dem wirtschaftlichen Sektor polarisierend hat sich eine politische Entscheidung erwiesen, die im Anschluß an die Parlamentswahlen im Mai 1998 getroffen wurde. Die angestrebte Privatisierung der staatlichen Elektrizitäts-gesellschaft Senelec hatte schon in den vorangegangenen Monaten zu zahlreichen Streiks und Bummelstreiks geführt, die nach den Wahlen noch erheblich verschärft wurden. Es kam vermehrt zu Proteststreiks in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren.

Die Sutelec (Gewerkschaft der stromerzeugenden Industrie) drohte, mit massiven Streiks die ganze Wirtschaft lahmzulegen. Als Ende Juli vom Vorsitzenden der Sutelec, Mademba Sock, zu einem Aktionstag aufgerufen wurde, reagierte die Regierung kompromißlos. Der Aktionstag wurde verboten, Sock und mehrere seiner Mitstreiter sind seither in Haft, Petitionen und Verhandlungen brachten bisher noch keine Lösung.

„Der Staat zeigt Muskeln“, „Eiserner Arm des Staates“, so lauteten die Pressekommentare. Vielleicht hat der Journalist nicht unrecht, der behauptete „die Regierung will sich der unbequemen Gewerkschafter entledigen“. Unbequem ist Sock tatsächlich, denn die Privatisierung der Senelec ist mittlerweile beschlossen, nur der Termin liegt noch nicht fest, und da schien es ein guter Zeitpunkt zu sein, den aggressiven Gewerkschaftern eine ‘Lehre’ zu erteilen und sie zu neutralisieren.

Da die Menschen unter den willkürlichen Stromabschaltungen litten (Versorgung und Produktion an der Basis: Strom und Wasser für den privaten und gewerblichen Bereich), wurde das Vorgehen der Regierung von der Bevölkerung weitgehend positiv aufgenommen. Positiv waren auch die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft, die die Entschlossenheit der Regierung, auch gegen starke Widerstände zu privatisieren, entsprechend würdigte.

Bilanz des senegalesischen Wahljahres (im Herbst) 1998:

Die Wahlen zur Nationalversammlung im Mai dieses Jahres haben die herausragende Position Senegals als stabile Demokratie in Westafrika wieder einmal deutlich erkennbar werden lassen. Politische Partizipation findet mittels Wahlen statt, die im afrikanischen Kontext als geordnet und demokratisch betrachtet werden können, auch wenn bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Parlamentswahlen die erwarteten Unregelmäßigkeiten nicht ausblieben.

Die Wähler haben die Regierung bestätigt. Durch ein maßgeschneidertes Wahlrecht erhielt der seit fast vierzig Jahren regierende Parti Socialiste mit rund 50 Prozent der Stimmen zwei Drittel der Abgeordnetenmandate.

Bei der Opposition fanden einschneidende Veränderungen statt. Die beiden bis zu dieser Wahl wichtigsten Oppositionsparteien, PDS und AJ, waren die großen Verlierer der Wahl. Der neue und alte Star in der politischen Arena ist der ehemalige PS-Innenminister Ka mit seiner Neugründung URd.

Die internationalen Geber belohnen die Stabilität und die Reformwilligkeit und Reformentschlossenheit der Regierung im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme mit weiteren Zusagen – schon vor dem Wahltermin. Die Privatisierung der Staatsbetriebe wird fortgesetzt, auch gegen den teilweise erbitterten Widerstand der Gewerkschaften.

Nach den großen Problemen in der Landwirtschaft in der ersten Jahreshälfte, bedingt auch durch die ausgebliebenen Regenfälle der letzten Regenzeit, deuten – nach dem reichlichen Niederschlag im Sommer – die Anzeichen auf eine gute Ernte hin. Dies ist ein wichtiges Moment in einer mehrheitlich agrarisch geprägten Gesellschaft, wobei der Senegal mit einer Verstärkerquote von rund 40 Prozent in Afrika eine ‘Spitzenposition’ belegt.

Die Situation an den Schulen und Hochschulen hat sich, bedingt durch die langen Sommerferien, vorläufig entspannt, aber die strukturellen Probleme und daraus resultierenden Aggressionen der Schüler und Studenten bestehen weiterhin.

Nachdem der Versuch Senegals gescheitert ist, in Guinea Bissau als Ordnungsmacht aufzutreten, scheinen jetzt Überlegungen stärker in den Vordergrund zu treten, wie man die Situation ohne Gesichtsverlust bereinigen kann. Während sich die Politiker aller Kriegsparteien um Deeskalation bemühen und versuchen, ohne allzu offensichtliche Zugeständnisse zu einem dauerhaften Frieden zu gelangen, haben die Separatisten das Nachsehen. Es besteht vielleicht die berechnete Hoffnung, daß mit den eindeutigen Stellungnahmen aller guinea-bissauischen Politiker die Rebellenbewegung MFDC (Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance) und ihre Verbündeten entscheidend geschwächt werden könnten. Die potentiell reiche Casamance (Landwirtschaft und vermutete Bodenschätze) hätte dann eine reelle Chance, ihr Entwicklungspotential auszuschöpfen, das durch den Buschkrieg fast auf Null reduziert worden ist.

Politik, Gesellschaft und Wirtschaft des Senegals sind in einigen Bereichen mittlerweile von einer Dynamik erfaßt, die vor ein, zwei Jahren in dem Ausmaße so nicht abzusehen war. Diese Entwicklung macht den Senegal – als eines der stabilsten und wichtigsten Länder in der Subregion Westafrika – für deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Zukunft noch interessanter.

Andreas Horst ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Senegal.